Explizit.Net Beitrag 28. Juli 2014
Aktualisiert Webversion 7-2014

Ghazas fünf Nachbarn

Der Muslimbruderzweig Hamas und Michele Bachmann

Waffenruhen mit Raketenschauer und Tunnelkrieg, so offenbarte sich das blutige Ringen zwischen Israel und der Hamas am Wochenende. Etwa 48 tote Israelis und 1.150 Tote in Ghaza sind am 20. Tag des Waffengangs zu beklagen. Bislang fruchtete keine Initiative, länger den Geschosshagel zu unterbinden. In Qatar zeigte sich Hamaschef Khalid Mashal nicht bereit oder fähig, die kürzeste Kriegspause einzuhalten, wobei grausige Bilder aus den Trümmerfeldern für ihn zu wirken scheinen. In Paris gab es Straßenkämpfe, in Bairut ein Protesttreffen der Hizballah und in Tel Aviv ein Friedensmeeting. In drei Ländern Europas schäumen Wellen des Judenhasses, laut Angela Merkel bei propalästinensischen und antiisraelischen Demonstrationen, was die Kanzlerin aufs Schärfste verurteilte. Kein Wunder, Israels Premier Benjamin Netanjahu erklärte am Sonntag in CNN, Israel mag etwas im Medienkrieg verlieren, doch dieser könne nicht dessen Sicherheit übertrumpfen.

Karte: Wiki

Kairo-Jerusalem

Ghaza, das seit 2007 durch einen Coup der Hamas regiert wird, die sich dabei gewaltsam auch der Fatahleute von Mahmud Abbas als Chef der Autonomiebehörde entledigte, hat zwei nahe, aber drei ferne Nachbarn mit Haupteinfluß. Doch anders als im Raketenkrieg der Hamas Ende 2012, regiert in Kairo nun der Antiislamist Abd al-Fattah as-Sisi. Kaum vorstellbar, wenn dort noch der Präsident der Muslimbrüder Muhammad Mursi am Hebel säße, der bereits in seinem Amtsjahr viel zugunsten des Muslimbruderzweigs Hamas tat.

Beim anderen Nachbarn lenkt weiter Benjamin Netanjahu das Staatsruder. Er und sein Kabinett sind nicht zu beneiden. Ihre Beschlüsse stellen Weichen für Jahre und Dekaden. Im genannten TV-Interview vom 27. Juli bestand er darauf, dass seine Armee nicht auf Zivilisten ziele. Jedoch agiere die Hamas aus deren Reihen, sowohl lokal als auch in der Bewegung. Hamas sehe es noch zynisch darauf ab, dass viele Bilder von toten Zivilisten aufkommen. Man müsse sie diskreditieren, entwaffnen. Ähnlich handelte die Regierung am Nil, um sich nach der Coupvolte Mitte 2013 vom Volk ein Mandat gegen Islamisten zu holen. Diese riefen Gläubige auf, besser Märtyrer zu werden als die Blockaden von Strassen, Plätzen und Moscheen aufzugeben, um mithin dabei verlorene Menschenleben den Machthabern anzulasten. Was mag das wohl für eine Ideologie sein, die das erreicht?

Im ägyptischen Fall kamen Extreme nicht durch. Wenn dies auch bedrückend geriet, so werden dort nunmehr Wahlen zum Parlament angeschoben. Ägypter bewiesen auch wie früher in auswärtigen Beziehungen Glück, selbst wenn es zu keinem Abkommen der Waffenruhe um Ghaza kam. Israels Militärsprecher Peter Lerner zeigte sich noch am Samstag vom jüngst entdeckten Tunnelsystem überrascht. Er meinte, man habe von etwa 60 Tunneln die Hälfte gesprengt und brauche noch eine Woche, um diese, zuweilen drei Kilometer langen Netze samt Waffen, Munition und Raketen zu vernichten. Unglaublich, wie dies Israelis so lange verborgen blieb, gibt es doch eine Geschichte von Erfahrungen der Vietnamesen, Chinesen, Koreaner und Iraner damit, die Palästinenser studiert haben.

Teheran

Iran gedieh zur Vormacht in Syrien, Ghaza und Libanon. Das betonte der Parlamentarier Mike Rogers Sonntag: Amerika gebe Iran 2,8 Milliarden Dollar, damit es noch um Nukes verhandele. Das Regime zweige Geld für Raketen der Hamas ab. Auch Qatar bezahle den Verein. Ein *Neuansatz* sei in Mittelost nötig, aber ohne Amerikas Feinden zu helfen. Der Chef des Geheimdienstkomitees im Unterhaus hat recht, jedoch fehlt ein wirksamer Kurs.

Niemand wird sich wundern, dass Irans „Revolutionsführer“ Ali Khaminai am Mittwoch, den 23. Juli, aufrief, sich des „usurpierenden zionistischen Scheinregimes“ zu entledigen. Dies solle ein Votum der Araber und Juden erzielen. Bis dies zustande käme, erläuterte er Studenten an der Teheraner Universität, wäre der mächtige, bewaffnete Widerstand nötig. Israels Vernichtung sei der einzig reelle Weg, was nicht den Tod der Juden dort bedeute. Wer mag das glauben, nach allem, was er gesagt und in Iran getan hat?

Nun stößt er auf deutsche Widerstände, zumal Bundesinnenminister Thomas de Maizière betonte, die grundrechtlich geschützte Meinungsfreiheit könne zwar auch eine Kritik an der Politik Israels bergen. Doch bei den jüngsten Kundgebungen gegen das militärische Vorgehen Israels im Ghazastreifen seien allerdings rote Linien überschritten worden.

Brüssel

Gegenüber Ghaza steht die Europäische Union als Wirtschaftsriese mit weniger Einfluss da. Sicher reicht Brüssel einige Mittel aus. Aber ihre Verwendung ist nicht wirklich offen nachvollziehbar. Überdies halten Amerikaner das Heft straff in der Hand. Wenn John Kerry europäischen Kollegen vom Stand der Dinge erzählt wie vorige Woche, erscheint es als Runde des Meisters mit seinen Schülern. Vor allem der Berliner Außenminister hat an Profil gewonnen als er in Krisen klarere, hilfreiche Ansätze oder Kritiken formulierte.

Der Europäische Rat für Auswärtiges gab am Dienstag, den 22. Juli, einen beachtlichen Text zum Krieg der Hamas gegen Israel heraus. Deren rücksichtsloser Raketenkrieg wird verurteilt, der direkt die Zivilisten bedrohe. Alle terroristischen Gruppen Ghazas seien zu entwaffnen wie auch der Ruf hart kritisiert wird, Zivilisten als Schutzschilder zu nehmen. Jüngste Prozesse in Mittelost seien eine ernste Gefährdung der Europäischen Union, die ihrerseits auch ihre prinzipielle Verpflichtung gegenüber der Sicherheit Israels betont hat.

Washington

Indes erzielte Kerry wenig Erfolge. Ein Mechanismus des Meinungsstreits mit Europäern fehlt, obwohl es dafür Gremien gibt. Amerika ist auf einem Dauerrückzug, wie am 26. Juli, als es die Botschaft in Tripolis evakuierte. Nichts dagegen, Diplomaten zu schützen. Doch erzeugt Washington wieder ein Vakuum, das Islamisten gern füllen. Am Potomac geriet Benghazis Botschaftermord zum Trauma und zum Abbruch. Hernach tat man im Bürgerkrieg zu wenig, um sich von der mit erzeugten Misere überraschen zu lassen. Wie in Syroirakistan, wo „Kalif Ibrahim" nicht nur ein Sunnitenreich ohne die Christen und Schiiten erbaut, sondern Baghdad bedroht, Öl ausbeutet und Obama direkt Jihad erklärt.

Seine Parteikollegin Nancy Pelosi sagte Sonntag, der Präsident zeige in der Außenpolitik „sehr starke Führerschaft". Zudem meinte sie, dass man ihr in Qatar bedeutete, Hamas wäre eine „humanitäre Organisation" [Saudi-Arabien verlangt von Qatar, keine Islamisten mehr zu finanzieren]. Putin in der östlichen Ukraine? Der mache, was er wolle. Er sei unsicher ob Russlands Zukunft - und agiere nicht so, weil er eine Schwäche Obama sehe.

Michele Bachmann fiel auf, wie das Kairiner Blatt al-Ahram vermeldet. Sie brachte ein Gesetzentwurf am 24. Juli ein, der die Muslimbruderschaft in Amerika als Terrororganisation einstufen soll. Diese 1956 geborene Republikanerin stellt sich vor: als eventuelle Präsidialkandidatin. Als sie beim jüngsten Anlauf im Juni 2011 überraschend eine Vorabstimmung unter den Republikanern gewann, trug sie sich den Titel *Tea Party Queen* ein.

Ihrer Partei hält sie vor, gegenüber dem globalen Jihad blind zu sein. Mitautorin der Resolution 622 des Unterhauses vom 12. Juni 2014 über Nationale Sicherheitsinteressen Amerikas und die Palästinensische Autonomiebehörde, erinnerte sie an die Rede Obamas vom 4. Juni 2008: „Die lange Strasse zum Frieden erfordere palästinensische Partner, die sich dazu verpflichten. Wir müssen die Hamas isolieren, bis sie des Terrors entsagt, Israels Existenzrecht anerkennt und sich an vorherige Abkommen hält. Am Verhandlungstisch ist kein Platz für terroristische Organisationen." Wie oft hat er dies durchbrochen?

Bachmann stellte in der Resolution Prinzipien auf: die Einheitsregierung von Fatah und Hamas sei fragwürdig, auch das einseitige Streben nach Staatlichkeit über die Vereinten Nationen ohne Direktverhandlungen mit Israel; die Aufwiegelung von Menschen gegen Amerika und Israel, darunter die BDS-Bewegung (Boykott, Deinvestition und Sanktionen) sowie die Blockade von Reformen für Freiheiten der Religion, freie Wahlen, Rede, Presse und politischen Versammlung. Für die Autonomiebehörde unter Abbas dürfe es keine weiteren Gelder geben, solange sie sich zur Hamas geselle.

Wolfgang G. Schwanitz

Dazu Buch *Nazis, Islamists and the Making of the Modern Middle East*: Yale, February 25, 2014, 360 pp. Mehr in *Islam in Europa, Revolten in Mittelost*, Neuerscheinung, 10. Juni 2013: Buch in Berlin bestellbar.